

ke gegen die „Versager“ von der Bonner Koalition, die mit laschen Gesetzen gegen Geldwäsche „die organisierten Gauner vielleicht ungewollt, aber wirksam“ schütze.

Wenn die Mafiosi erst einmal an ihrem empfindlichsten Punkt, den leichten Gewinnen, gründlich getroffen würden, lockt der Vorsitzende skrupulöse Genossen, dann gerate das sozialdemokratische Streitthema „großer Lauschangriff“ zur „Petitesse“.

Scharping zielt in die gleiche Richtung wie die FDP: Der von der Rechtsprechung in der Vergangenheit sehr weit gefaßte Wohnungsbegriff soll eingeschränkt werden. Er habe „volles Vertrauen“, sagt Scharping, daß Richter „zwischen dem privaten Schlafzimmer und einer Garage oder dem Hinterzimmer eines Bordells“ unterscheiden können.

In typischen Ganoventreffs sollen die Fahnder künftig mit Wanzen lauschen

dürfen. Viele Genossen jedoch lehnen das als „Einstieg des Staates in das letzte private Refugium des Bürgers“ (MdB Hermann Bachmaier) strikt ab.

Der Vorsitzende will auch erreichen, daß die Opposition in dem für die einstige Kleine-Leute-Partei besonders heiklen Streit um die Zukunft des Sozialstaates bei leeren Kassen und gigantischen Schulden mit einem Alternativprogramm vor die Wähler tritt.

Scharping: „Wir sollten nicht als diejenigen auftreten, die sich den Mantel umhängen, als seien sie nur die einfachen, etwas dummen Bewahrer des Besitzstandes.“ Seine Partei müsse „einiges sagen über das, was der Sicherung des Standortes Deutschland und der Bewahrung der sozialen Demokratie gleichermaßen dient“. Den Auftrag, ein Konzept zu entwickeln, hat Oskar Lafontaine (siehe Kasten).

Aus der Zuarbeit des Saarbrückers läßt sich allerdings nur wenig über dessen

künftige Rolle in der Partei ableiten. Daß er sich im nächsten Jahr in ein Schattenkabinett unter dem vier Jahre jüngeren Mainzer einspannen läßt, kann sich Lafontaine bislang nicht vorstellen. Noch nagt an dem Saarländer die Enttäuschung darüber, daß er nicht selbst die SPD gegen Kohl anführen darf.

Im Norden hat Scharping erfolgreicher geworben. Dem Umweltschutz soll sich von dieser Woche an in herausgehobener Partei-Stellung die niedersächsische Ministerin Monika Griefahn widmen: Ein Signal, daß Scharping auch mit Ökos kann. Griefahns Chef Gerhard Schröder hat sich ebenfalls vom Konkurrenten Scharping anwerben lassen und äußert sich fortan als SPD-Sprecher für Energiepolitik.

Doch Schröder achtet nicht weniger als Lafontaine auf Distanz zu dem neuen Machthaber. Ins Schattenkabinett will der unterlegene Rivale nicht.

Erbschaftsteuer für die Pflege?

Wie Oskar Lafontaine die Wirtschaft ankurbeln will

Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine soll für das Regierungsprogramm Rudolf Scharpings Wege aus der ökonomischen Krise finden. Unter Lafontaines Federführung werden derzeit in einer Arbeitsgruppe „Modernisierung, Wachstum und Beschäftigung“ erste Konturen eines Konzepts sichtbar, das den Kern des Wahlprogramms bilden soll.

Lafontaine hat die SPD-Spitze wissen lassen, die Wirtschaft allein mit niedrigeren Steuern, beschnittenen Sozialleistungen und abgesenkten Umweltstandards ankurbeln zu wollen, sei dumm. Lafontaine: „Das ist Stammtisch.“

Die SPD soll sich nach Lafontaines Willen dafür einsetzen, Unternehmen massiv von Lohnnebenkosten zu entlasten, indem die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gesenkt werden. Denn die Kosten der aktiven Arbeitsmarktpolitik, beispielsweise Umschulung, sollten künftig nicht aus der Arbeitskasse, sondern aus Steuergeldern bezahlt werden. Auf diese Weise meint er auch die soziale Schieflage korrigieren zu können, die aus dem überproportionalen Anteil von Arbeitnehmerbeiträgen an der Finanzierung der Einheit resultiert.

Zudem hat Lafontaines Kommission einen Auftrag erteilt, zu prüfen, ob die Kosten der Pflegeversicherung aus der Erbschaftsteuer aufgebracht wer-



Wirtschaftspolitiker Lafontaine
Konflikt mit den Gewerkschaften

den können. Es sei nicht einzusehen, sagt der Saarländer, warum in der „heutigen Erbengesellschaft“ nicht wenigstens Verwandte zweiten und dritten Grades mit deutlich höheren Abgaben auf ihre Erbschaft belastet werden sollten.

Mit einem für den öffentlichen Dienst und für die gewerbliche Wirtschaft differenzierten Angebot von Arbeitszeitverkürzung will der SPD-Vize gegen die Arbeitslosigkeit ange-

hen. Klar ist dabei, so ein Mitglied der Kommission: „Jede weitere Arbeitszeitverkürzung geschieht ohne Lohnausgleich.“ Neuer Konflikt mit den Gewerkschaften ist programmiert.

Zugleich möchte Lafontaine erreichen, daß die Bundesrepublik, französischer Denkweise folgend, die heimische Wirtschaft gegen Dumpingware aus Osteuropa, so beim Stahl, besser schützt. Aus den Zolleinnahmen, so die Idee des Protektionisten, könnten dann Strukturhilfen auch für den Aufbau eines Sozialsystems an die Oststaaten geleistet werden.

Bei den bevorstehenden Verhandlungen über die Finanzierung des Sparpakets der Bundesregierung will Lafontaine die SPD erneut für eine vorgezogene Ergänzungsabgabe mobilisieren.

So könnten Kürzungen bei sozial Schwachen vermieden werden. Gerade Abstriche bei Beziehern niedriger Einkommen würden sich schließlich auf Konsum und Konjunktur negativ auswirken.